

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontanto: Seb. Arnold, Dresden und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Albstadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wolk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig.

Schriftleitung: Bettnerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Konpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 28

Dresden, Sonnabend den 2. Februar 1924

35. Jahrg.

## Verplemperung von Staatsgeldern!

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt

Die Stabilisierung unserer Währungsverhältnisse hat zu einer leichten wirtschaftlichen Besserung geführt und einem Teil der wochenlang beschäftigungslosen Arbeiter Gelegenheiten geboten, ihr tägliches Brot wieder durch eigene Kraft zu verdienen und auf die Erwerbslosenunterstützung zu verzichten. Selbstverständlich mußte sich diese wirtschaftliche Konsolidierung der Verhältnisse auch politisch zeigen. Diese Tatsache haben die Deutschen national schnell und gut erkannt. Bekanntlich lag ihre Stärke bisher in dem allgemeinen Elend, in Hunger und Kälte! Deshalb suchten sie nach der erfolgreichen Einführung der Rentenmark bald nach neuen Mitteln und Wegen, um die eintretende Veruhigung innerhalb der Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterklasse, aus agitatorischen Gründen in das Gegenteil zu verwandeln. Sie waren sich bewußt, daß ein Aufstieg ihrer Partei mit dem Grade des Elends weiter Volkskreise zieht und fällt. In dieser Erkenntnis wurden sie als anfällige Gegner der Ausnahmeordnung des Reichspräsidenten, die sich deren Vorgesetzten richten sollte, plötzlich zu Anhängern der Militärherrschaft, nachdem sich insbesondere gezeigt hatte, daß die Regentenschaft der Generale in gewissem Sinne gleichbedeutend ist mit deutschnationaler Parteidiktatur. Derart und Wehrpartei haben sich in ihren Erwartungen nicht getäuscht, denn tatsächlich führten inwischen die Rechte, die der Ausnahmezustand den einzelnen Militärs gab, bereinigt das herbei, was die deutschnationale Partei im eigenen Interesse für erforderlich hielt. Die bestehende Ordnung ist in einzelnen deutschen Gebietsstellen in Unordnung verfallen worden und die inwischen erfolgte Veruhigung der Geister wird wieder in Frage gestellt.

Das sind die „Erfolge“ des Ausnahmezustandes, der verhängt wurde, um angeblich im ganzen Reich wieder geordnete Verhältnisse herzustellen, der aber auf Kosten des Reiches zu dem Gegenteil führte. Einen unabweislichen Beweis dieser Behauptung liefern die Verhältnisse in Thüringen, wo der Militärbefehlshaber Reichsmittel bewirkt, um tagtäglich zur Freude der bürgerlichen Parteien eine Schifane nach der andern gegen die thüringische Regierung zu ermitteln. Er macht sich zur Verabfolgung des thüringischen Rabinetts fortgesetzt Rechte an, die ihm keine Ausnahmeordnung gibt und die sich auf kein Gesetz stützen. Die Reichsregierung, die sonst so auf „Ordnung“ steht, sieht sich gelegentlich auch einmal der Durchführung von Polizeibesuchen — ausgenommen ist selbstverständlich die Herrschaft — an, denkt aber nicht daran, zur Kontrolle des Herrn Hofe auch einen Reichskommissar zu bestellen oder eine Kommission einzusetzen, die einem überreifen Militär Kommando, welche Rechte er besitzt und nicht hat. Aber ist es heute nicht tatsächlich so, daß der Mann, der in Thüringen mit allen Mitteln trotz den Berliner Verhandlungen zwischen Reichsregierung und der thüringischen Regierung die Einsetzung eines Reichskommissars erwirken will, in erster Linie für sich einen Kommissar als berufsbefähigende Ansetzung braucht? Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur daran, daß der wesentliche Teil der unbeschränkten Angriffe gegen die thüringische Regierung unter Mißachtung der Würde des Herrn Hofe nach dem Oberbefehlswort erfolglos verliefen, der sich einem thüringischen Staatsanwalt gegenüber selbst in diesem Sinne geäußert hat! Dafür liefern dokumentarische Beweise vor, die in 24 Stunden das Licht der Öffentlichkeit erblenden dürften.

Wenn die Verhältnisse sich unter dem Ausnahmezustand so entwickelt haben, muß sich der demokratische Teil des Volkes immer wieder fragen, welche Erkenntnisgewinnung hat dieses Ausnahmezustand überhaupt noch? In Franken, Baden, Württemberg, Sachsen und in andern Ländern des Reiches herrscht vollkommenste Ruhe (abgesehen von böllischen Provokationen wie in den im Dresdner Landesheiter), so daß es geradezu feststehen kann, daß die von den Staatsanwältern aufgedrungenen Steuern aus dem Fenster hinauszumerfen, wenn trotzdem noch neben den linken Stellen ein Behördensystem fortbesteht, der gegenstandslos die verfassungsmäßige Landesregierung in ihrer Arbeit nur behindern kann. Sowie sich darüber hinaus die Militärs, wie in Thüringen, noch bemerkbar machen und zur Freude unserer Westwärts „handeln“, würde zu ihrem eigenen Vorteil und im Interesse des betreffenden Landes ein Reichskommissar notwendig, der oeffentliche Wehrstrukturen und sonstige Misgriffe verhindert. Wir aber wollen lieber einen Reichskommissar für Herrn Hofe noch inwischen mit, doch für einen sinnlosen Aufwand wehrlicher Großmittel ausgeben werden. Und deshalb fragen wir: Fort mit diesem Ausnahmezustand, der nur eine Hemmung im Fortschreiten unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bildet.

Mit der Forderung auf Abbau des Ausnahmezustandes stehen wir heute nicht mehr allein. Alle Landesregierungen haben in den letzten Wochen wiederholt bei dem Reichspräsidenten wegen der Aufhebung des Ausnahmezustandes vorgesprochen. Die Reichsregierung zehet aber noch keine Neigung, vor dem 1. März der Militärherrschaft ein Ende zu machen. Es hat vielmehr den Anschein, daß sie die Abschaffung des Ausnahmezustandes, deren sie sich schuldig macht, wenn sie dem Verlangen der Landesregierungen und des größten Lan-

desparlamentarismus nicht entspricht, leichter zu ertragen vermag als die Wiederkehr geordneter Rechtsverhältnisse durch die restlose Rückgabe der Zivilgewalt an die zuständigen Regierungen. In diesem Fall wäre auch für die Reichsregierung ein Reichskommissar angebracht, der den verfassungsmäßigen Rechten des deutschen Volkes gerecht wird — denn noch ist das deutsche Volk nicht mit der deutschnationalen Partei zu vergleichen, die als kleine Minderheit allein für die Aufrechterhaltung eines blamablen Zustandes eintritt, ohne daß Herr Marx merkt, welche Absichten hiermit verfolgt werden.

### Die Militärfahrt schlägt auf die Schule

Der Militärbefehlshaber für Thüringen hat eine größere Anzahl von Lehrern, die in ihrer Mehrzahl der kommunistischen, zum Teil der sozialdemokratischen Partei angehören, in Schußhaft genommen, weil sie sich angeblich in einer Art und Weise betätigt haben, die von ihm als „staatsfeindlich“ angesehen wird. Er hat diese Lehrer dann größtenteils aus der Schulpflicht entlassen, ihnen jedoch jede Tätigkeit in der Schule verboten. Diese Maßregelung wird damit begründet, daß Lehrkräfte mit kommunistischer Gesinnung — selbst wenn sie sich vorläufig nicht kommunistisch betätigen — nicht wünschenswert, Lehrer und Erzieher zu sein. Der Militärbefehlshaber hat eine weitere Anzahl von Lehrkräften, die sich beim Einmarsch der Truppen nicht an ihrem Dienstort befanden, festbestrichen und verurteilt lassen und sie vorläufig ihres Amtes entsetzt. Darunter befinden sich auch solche Lehrer, die von ihrer vorgesetzten Schulbehörde beurlaubt waren.

Der Hauptvorstand der sozialdemokratischen Lehrer hat von diesem ungeheuerlichen, jedem Rechtsempfinden höhnerischen Verfahren mit Entrüstung Kenntnis genommen. Er erhebt gegen diese brutale Vergewaltigung der freien Gewinnung aufrechter Lehrer den allerheftigsten Protest. Der Hauptvorstand fordert den Reichstag auf, von der Reichsregierung zu verlangen, daß sie diese ungeheuerlichen Maßnahmen gegen thüringische Lehrer rückgängig macht.

Der Hauptvorstand der sozialdemokratischen Lehrer sieht fern in der Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes nicht nur eine wirtschaftliche und politische Gefahr, sondern auch eine sittliche und kulturelle Schädigung, die sich zu einer Schmach für die deutsche Republik auswächst. Der Hauptvorstand fordert daher die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Wiederherstellung der verfassungsmäßig garantierten Freiheiten und Rechte der Lehrer.

## Kommunistischer Faschismus

Die R. P. D. wirbt um Offiziere!

Hand in Hand arbeiten Kommunisten und Faschisten in ihrem Kampf gegen ihren Hauptfeind: die Sozialdemokratie. Thalheimer betont in einem Artikel der roten Schme über die Gemeindevahlen in Sachsen, daß die Wahlerfolge der Böllischen ein sehr wichtiges Element der Entwicklung darstellen. Er weist darauf hin, daß die Böllischen jetzt auch unter der Arbeiterklasse Fuß gefaßt haben, und daß besondere Weisheiten für die Bearbeitung dieser böllischen Massen von der R. P. D. gefunden werden müssen, damit das Hauptziel, die Liquidierung der Sozialdemokratie, besser erreicht wird. Dieser Arbeit unter den Böllischen widmen die Kommunisten bedeutende Kräfte. Die Gelder, die ihnen die Volkshewisen zur Verfügung stellen, gestalten ihnen die Anstellung von Spezialisten für das Studium und die Bearbeitung der böllischen Bewegung. So erscheint in Wien eine Chronik des Faschismus, die seinem andern Zweck als der bolschewistischen Propaganda unter den böllischen Kreisen dienen soll. Die Taktik dieser böllischen Spezialpropaganda der Kommunisten geht dahin, die Böllischen als nicht national genug zu entlarven. So schreibt die Chronik in ihrem Eingangsarartikel über die Diktatur v. Seefeld:

„Zu weissen Klagen herrscht nun Herr General v. Seefeld? Herr Sinnes und Herr Roux können es bezwingen. Herr Sinnes hat unter Herrn Seefeld bisher alles erreichen können. Er hat den Reichstagsentwurf abgelehnt, er hat die Offensive des Lohnabbaues durchgeführt, er hat das ist für ihn das wichtigste, die „Verständigung“ mit Frankreich „angebahnt“. Die Verständigung mit Frankreich, d. h. die Verfrachtung auch des letzten Restes der Güter der deutschen Staatsbahn, die Verfrachtung der Eisenbahn, der Post, der Flugwege usw. Die Verhandlungen der Vertreter der deutschen Schwerindustrie mit Repräsentanten der französischen Finanz nähern sich in Paris dem Abschluß. Das ist die auswärtige Politik des Herrn v. Seefeld.“

Gleichen Zweck dient ein zwölf Seiten langer, mit Maschinenschrift verbleibender Agitationsbrief an Offiziere, vor allen Dingen solche, „die noch heute in der Reichswehr als Offiziere dienen“, die man der bolschewistisch-kommunistischen Agitation zugänglich machen will. Dieser Brief stammt offenbar aus der Feder eines deutschen Offiziers und ist in ausgezeichneter Weise der Gedankenswelt deutscher nationalsozialistischer, vollkommen unpolitischer Offiziere angepaßt. Er ist genau auf den Gedankengang eingestellt,

### Grundsteuerkonflikt in Preußen

Berlin, 2. Februar. (Fig. Draht.) Der preussische Landtag nahm am Freitag unter Ablehnung aller Abänderungsanträge die vom Reichspräsidenten in der Fassung der Ausschussvorlage in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 104 Stimmen an; dagegen stimmten die deutschnationalen, die Kommunisten, die Hannoveraner und die Wirtschaftspartei. Der monatliche Steuerfuß beträgt danach bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken im Werte bis zu 300 000 M. für je 1000 M. Grundstückswert 10 Pf. für die ersten 10 000 M., 15 Pf. für die nächsten 30 000 M., 20 Pf. für die nächsten 60 000 M., 25 Pf. über 100 000 M.; bei allen übrigen Grundstücken 25 Pf.

Nun erwies sich der Staatsrat (die „Erste Kammer“, bestehend aus den Vertretern der Provinziallandtage) als Bremshieb. Obwohl die Grundsteuer in dieser Fassung einen Anstieg von 70 bis 80 Millionen gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage bedeutet, machte sich unmittelbar nach der Beschlußfassung des Landtages der Staatsrat mit 33 Stimmen der Rechten gegen 30 Stimmen der Linken einen Einspruch zu eigen, der eine weitere wesentliche Ermäßigung der Steuerfüße forderte. Mit 35 gegen 6 Stimmen des Zentrums und der Demokraten erhob der Staatsrat Einspruch gegen den Beschluß des Landtages; Sozialdemokraten und Kommunisten hatten die Sitzung verlassen.

Damit ist der Konflikt zwischen Staatsrat und Landtag entstanden. Der Landtag muß nun erneut über die Grundsteuer entscheiden. Wird seine Vorlage mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen, so gilt der Einspruch des Staatsrats als verworfen, wird eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht, so ist die Vorlage gescheitert. Es ist möglich, daß sich aus diesem Konfliktfall Weiterungen für den Staatsrat entwickeln, denn es wäre höchste Zeit, dieses reaktionäre Gebilde durch Verfassungsrevision abzuschaffen.

### Personalabbau bei allen Verwaltungen

Berlin, 31. Januar. (Fig. Draht.) Der Sparauschuss des Reichstages nahm einstimmig eine Entschließung an, die betont, daß der Personalabbau im Reich auf die Dauer unabweisbar sei, wenn er nicht auch in Preußen und den übrigen Ländern, sowie in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Verbindung mit den übrigen Sparmaßnahmen so rasch wie möglich durchgeführt werde. Schon jetzt aber hält es die Mehrheit des Sparauschusses für notwendig, die den Ländern zustehenden Besoldungsgleichnisse des Reiches entsprechend dem Abbau im Reich zu kürzen. U. a. wurde auch über den Resturlaubstag der Reichsbeamten gesprochen. Von den Mitgliedern der Sozialdemokratie wurde zu dieser Frage eine Entschließung eingebracht, die eine Aufhebung der entsprechenden Bestimmungen des Reichs-Rabinetts forderte, nachdem in den Ländern noch der alte Zustand fortbesteht. Dieser Antrag wurde vorläufig zurückgestellt. Er soll am 12. Februar beraten werden.

den Nebanchekrieg gegen Frankreich zu predigen und vorzubereiten und im Namen des Nebanchekrieges die Offiziere für den Kommunismus zu gewinnen. Daß auch die Volkshewisen ihren deutschen Freunden angeraten haben, „am Tage nach der Ergreifung der Macht“ Erfüllungspolitik zu betreiben, das wird vorsichtig umgangen. Ebenso umgangen wird auch die immerhin nicht uninteressante Tatsache, daß beim Beginn des Ruhrkampfes die Note Fahme sich gegen den Widerstand gewandt hat, daß als „historische Aufgabe“ des deutschen Proletariats proklamiert wurde: man müsse die deutsche Bourgeoisie mit proletarischen Detachments zur Erfüllung der Ansprüche Bolshewisten zwingen, weil Sinnes die Erfüllung bisher sabotiert habe. Jetzt heißt es in der für Offiziere bestimmten Agitation:

„Im Mittelpunkt unseres Denkens, als einziges Ziel für jeden deutschen Offizier, steht die Befreiung Deutschlands vom auswärtigen Feinde.“

Die Kommunisten lehnen sogar in ihrem Eifer, den Offizieren nach dem Munde zu reden, die Verantwortung für die Begleiterschmelzung der Revolution ab. In geschickter Vertauschung der gegenseitigen Rollen schreiben ausgedehnt die Kommunisten über die Sozialdemokratie:

„Sie waren die Berater am Kaiserthron, sie verschlugen die deutsche Armee, sie lieferien die deutsche Wirtschaft aus, sie trieben Deutschland in den Zusammenbruch. Mit berechtigtem Haß blüht jeder ehrliche deutsche Nationalist, bilden wir alle auf die Ruinenscheitern, die im Augenblicke des Eingangs in die Weltgeschichte ihre jahrzehntelangen Versprechungen vergaßen und den blutigen Bruderkampf zwischen Deutschen und Deutschen entsetzten.“

Oswald Spengler muß als Kronzeuge herhalten, um den Vorwurf gegen die Sozialdemokratie zu erheben, daß sie nicht — für Verlängerung des Krieges einsetzten —, daß sie nicht „anstatt mit französischen Generalen und englischen Diplomaten über die Verklammerung Deutschlands zu schachern, den nationalen Volkskrieg gegen den Landesfeind organisierte.“

Den „feigen, bremssenden, bazillischen Sozialdemokraten“ wird als leuchtendes Gegenstück der „fortwärtig drängende, begeisterungsfähige, sozialistische“ Teil der Arbeiterklasse gegenübergestellt. Während unter Arbeitern die Kommunisten sich fürchtbar über deutschböllische Sabotageakte erregen und den Sozialdemo-